

„Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

ISOR e.V.
TIG Leipzig

Postfach 100 501
04005 Leipzig

Vorab an: E-Mail: isor-berlin@t-online.de

**„Sich dem Rentenunrecht sofort zuwenden, um es endgültig
gerecht und rechtlich unangreifbar zu machen“**

Sehr geehrter Herr Böhm,

zunächst möchte ich Ihnen für die Zusendung Ihres Schreibens und für die ausführliche Darlegungen zu den seit dem Jahre 1991 fortbestehenden und bisher bundesgesetzlich ungelöst gebliebenen Rentenungerechtigkeiten bei der Überführung von DDR-Renten mit den sogenannten Rentenüberleitungsgesetzen danken. Wir stimmen mit Ihnen und Ihrer zutreffenden Analyse darin überein, dass das damit einhergehende Rentenunrecht auch nach über 30 Jahren immer noch nicht überwunden ist, schon gar nicht mit dem im Jahre 2021 errichteten Härtefallfonds. Dieses Fondsmodell haben wir von Anfang an wegen der viel zu geringen Finanzausstattung für eine wirkungsvolle Entschädigungsleistung, der vollkommen unzureichenden Beträge der sogenannten Einmalzahlungen, der realitätsfernen Leistungsvoraussetzungen und nicht zuletzt wegen seiner Ausschlusskriterien kritisiert haben.

Angesichts dieser vollkommen unbefriedigenden tatsächlichen wie auch rechtlichen Situation hatte unsere Fraktion schon in der zurückliegenden 7. Wahlperiode wiederholt mit eigenen parlamentarischen Anträgen für eine schnellstmögliche Beendigung des von uns so zu konstatierenden Rentenunrechts-Ost gestritten und entsprechende Schritte von der CDU-, SPD,- und Bündnis90/Grüne – Staatsregierung nachdrücklich eingefordert.

**Fraktion Die Linke
im Sächsischen Landtag**

SUSANNE SCHAPER
Fraktionsvorsitzende

LUISE NEUHAUS-WARTENBERG
Parlamentarische
Geschäftsführerin

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 493-5800
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Ostsächsische Sparkasse
Dresden
DE50 8505 0300 3120 2007 26
OSDDDE81XXX

Dresden, den 23.10.2025

Folgende parlamentarische Initiativen hatte unsere Fraktion Die Linke mit Blick auf die Beendigung des fortbestehenden Rentenunrechts seit dem Beginn der vorangegangenen 7. Wahlperiode dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt:

- „Vollständige Übernahme der DDR-Sonderrentenleistungen der ostdeutschen Bundesländer durch den Bund endlich durchsetzen: Finanziellen Spielraum für den Freistaat Sachsen jetzt sichern!“,
Antrag DIE LINKE vom 30.07.2020, Drs 7/3464
- „30 Jahre unvollendete Renteneinheit: Endlich Lebens- und Arbeitsleistungen von Ostdeutschen anerkennen, Renten- und Versorgungsunrecht beenden.“
Antrag DIE LINKE vom 09.09.2020, Drs 7/3816
- „Fonds zur Abmilderung von Härten bei der Rentenüberleitung schnell einführen und auskömmlich finanzieren: Ein wichtiger Beitrag für den finanziellen Ausgleich des Renten-/Versorgungsunrechts Ost!“,
Antrag DIE LINKE vom 03.09.2021, Drs 7/7577
- „Renten- und Versorgungsunrecht - Ost spürbar abfedern: Härtefallfonds des Bundes beitreten und angemessen mitfinanzieren!“,
Antrag DIE LINKE vom 16.01.2023, Drs 7/12168
- „Härtefallfonds des Bundes für Ostrentner*innen unverzüglich beitreten: Mindestbeitrag zur Abmilderung des Rentenunrechts-Ost leisten!“,
Dringlicher Antrag DIE LINKE vom 13.03.2023, Drs 7/12798
- „Benachteiligung der Ost-Rentner:innen nicht zulassen: Renten-Umrechnungsfaktor für DDR- und ostdeutsche Löhne beibehalten!“,
Antrag DIE LINKE vom 17.11.2023, Drs 7/14958
- „Die gesetzliche Rentenversicherung deutlich und nachhaltig stärken: Für ein gutes Leben und einen angemessenen Lebensstandard im Alter!“,
Antrag DIE LINKE vom 06.05.2024, Drs 7/16420

Alle diese parlamentarischen Initiativen wurden mit der Mehrheit der Stimmen der anderen Fraktion im Sächsischen Landtag durchweg abgelehnt.

Auch mit dem Beginn der jetzigen 8. Wahlperiode hat unsere Fraktion das Thema der Rentengerechtigkeit für DDR-Rentnerinnen und -Rentner und die dabei bis heute ungelösten Problemlagen bei der Überwindung des Rentenunrechts-Ost u. a. in den Mittelpunkt des bisherigen parlamentarischen Agierens mit den folgenden Initiativen gestellt:

„Vollständige Übernahme der DDR-Sonderrentenleistungen der ostdeutschen Länder durch den Bund: Dringend notwendigen finanziellen Spielraum schaffen!“,

Antrag Die Linke vom 05.05.2025, Drs 8/2614

Endlich Mut zu echten Reformen: Gesetzliche Rentenversicherung armutsfest und zukunftssicher aufstellen!,

Antrag Die Linke vom 29.08.2025, Drs 8/3965

Angesichts des spätestens seit Juli 2025 öffentlich bekannt gewordenen – von uns von Anfang an befürchteten und vorhergesagten – Desasters des Härtefallfonds bei der Entschädigung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner hat unsere Fraktion ganz aktuell am 21. Oktober 2025 den Beschluss gefasst, dem Landtag hiervon ausgehend erneut eine parlamentarische Initiative zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Mit dieser fordern wir die Staatsregierung nachdrücklich auf, in Anerkennung der erbrachten Lebens- und Arbeitsleistung der in Ostdeutschland lebenden Rentnerinnen und Rentner gegenüber dem Bund auf eine unverzügliche Beendigung der nach wie vor fortbestehenden Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner sowie die Schaffung der dafür erforderlichen bundesgesetzlichen Regelungen hinzuwirken.

Dabei steht für uns Mittelpunkt, dass es künftig entweder eine entsprechenden rückwirkenden Renten- und -nachberechnung unter Berücksichtigung der in die gesetzlichen Sonderrenten- und Zusatzversorgungssysteme der DDR eingezahlten Beiträge oder für diese eine – der Höhe der bisher eingetretenen Vermögensnachteile entsprechende – einmalige finanzielle Entschädigung (Renten-Gerechtigkeitsfonds) geben muss.

In diesem Rahmen haben wir den Antrag mit dem Thema:

„Keine weiteren Demütigungen für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner: Versorgungs- und rentenrechtliche Anerkennung der Sonderrenten-Ost. Jetzt!, am 22. Oktober 2025 mit der Drucksachenummer 8/4504 in den Landtag eingebracht.

Besonders hervorheben möchten wir abschließend, dass wir in diesem sehr komplexen Themenbereich wiederholt auch die profunde Expertise, die umfassenden Erhebungen und Berechnungen des im Jahre 2019 gegründeten „Runden Tisches Rentengerechtigkeit e. V.“ genutzt und unsere Initiativen nicht zuletzt auch auf dessen Erkenntnisse gestützt haben.

Wie Sie, sehr geehrter Herr Böhm,

diesen Darlegungen entnehmen können, war und ist unsere Fraktion Die Linke nach wie vor mit dem gebotenen Nachdruck im Sächsischen Landtag aktiv, um – auch im Zusammenwirken mit der Linken-Bundestagsfraktion – auf der Landesebene unseren eigenen Beitrag sowohl für eine schnellstmöglichen Beendigung des weiterhin bestehenden Rentenunrechts für DDR-Rentnerinnen und -Rentner als auch für eine wirkliche Reform der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer zukunfts- und armutsfesten Rente zu leisten.

Gleichzeitig möchten wir uns an dieser Stelle für Ihre Anregungen, Initiativen und nicht zuletzt auch Ihre Unterstützung bedanken. Wir werden sicherlich auch weiterhin nicht nur zu diesem Thema im fachlichen Austausch bleiben.

Die im Schreiben genannten Drucksachen haben wir Ihnen der Vollständigkeit halber als Anlagen zu diesem Schreiben beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen



Susann Schaper, MdL
Faktionsvorsitzende
Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag